

Ganz nach Platos Geschmack

Von richtig und falsch in der Demokratie

Von Peter Henkel

So etwas geht wohl nur mit dem. Es ist im Winter, Anfang 2016, Landtagswahlkampf, rund 500 Menschen in der proppenvollen Jahnhalle in Endersbach, einer ländlich geprägten Gemeinde 15 Kilometer östlich von Stuttgart. Auf dem Podium Winfried Kretschmann, Ministerpräsident. Hier, wo CDU und die oft noch konservativeren Freien Wähler traditionell weit vorn liegen in der Wählergunst, wirbt er dafür, dass er weitermachen kann mit seiner grün-roten Landesregierung. Sein Gesprächspartner ist der Chefredakteur der Lokalzeitung, ein wohlgenährter studierter Historiker, den es aus dem Münsterland ins Schwäbische verschlagen hat. Und der neugierig genug geblieben ist, Kretschmann zu fragen, was es eigentlich mit dieser Hannah Arendt auf sich hat, der deutsch-amerikanisch-jüdischen Philosophin.

In gefühlt jeder Rede zitiert Kretschmann sie, sie ist sein Fixstern, umkreist von Kant, Aristoteles und noch ein paar Geistesgrößen, deren Namen in Endersbach sonst eher selten fallen; und auf ein paar passende Bibelzitate muss man sich bei diesem Politiker ebenfalls immer gefasst machen. Bei Angela Merkel ginge so etwas wohl schief, bei Horst Seehofer oder Frank-Walter Steinmeier auch. Bei Kretschmann geht es aber gut, so gut, dass in dieser von Handwerkern, Bauern und kleinen Einzelhändlern gefüllten Halle die berühmte Stecknadel gehört würde, fiel sie zu Boden. In ein paar knappen Sätzen erzählt der Wahlkämpfer, was er bei Arendt gelernt hat: Dass Macht entsteht, wenn Menschen sich um eine Idee versammeln, dass der Sinn von Politik Freiheit ist und ihre Grundlage die Erkenntnis von der Pluralität. »Der Mensch an sich ist verschieden«, doziert er, ohne

dass es nach Dozieren klingt, und: »Die Menschheit besteht aus Milliarden von Unikaten.«

Dafür gibt es in der Jahnhalle rauschenden Beifall. Natürlich darf die obligate Frage nicht fehlen, ob der Gast wirklich so konservativ ist, wie immer alle sagen und schreiben. »Sehr begrenzt und sehr bedingt« könne er da zustimmen, räumt der Grüne ein und erzählt zu seinem eigenen und dem Amüsement des Publikums von dem Spruch eines »namentlich nicht genannt sein wollenden« CDU-Politikers: »Hätten wir Kretschmann, hätten wir 66 Prozent.« Die CDU hat ihn aber nicht, und auch deswegen werden es ein paar Wochen nach dieser bemerkenswerten Veranstaltung nur magere 27 Prozent. Platz zwei hinter den Grünen, und noch eine Premiere: Die CDU – noch dazu in ihrer Hochburg Baden-Württemberg – wird jetzt Juniorpartner einer Partei, bei der sie sich noch vor drei Jahrzehnten eher bekreuzigt hätte, als an gemeinsames Regieren zu denken, geschweige denn unter ihr die zweite Geige zu spielen. Und wer auf die SPD schaut, die das Wählervotum trotz ordentlicher Regierungsarbeit glatt halbiert hat und die auf unter 13 Prozent gefallen ist, der muss sich mächtig Sorgen machen um die CDU. Wird Kretschmann sie als nächstes zerkleinern? Immerhin hat er dezent die Möglichkeit angedeutet, 2021 womöglich erneut anzutreten. 73 wäre er dann zwar schon, aber schließlich ist er gesegnet mit Gottvertrauen. Und er erinnert bisweilen an Hazel McCallion, die bis ins zarte Alter von 93 Bürgermeisterin von Mississauga war, einer Industriestadt, größer als Stuttgart, im Weichbild von Toronto, in der sich zahlreiche industrielle Flaggschiffe aus Baden-Württemberg angesiedelt haben.

»Ein Philosoph wird Präsident«, hatte 2011 Fritz Kuhn gesagt, der Realo-Freund und erster grüner Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt. Wenn schon sonst keiner unter den Spitzenpolitikern der Republik, dann muss eben der Mann aus Laiz bei Sigmaringen den alten Traum des Plato wahr machen: dass ein ideales Gemeinwesen von Philosophen zu regieren sei oder wenigstens von Herrschern, die Philosophen wurden. Nun nannte sich

Baden-Württemberg früher zwar gern Musterlände, war und ist aber doch weit vom Idealzustand entfernt. Und wie ideal ist der Politiker Kretschmann? Vieles macht er richtig. Sachkenntnis, Charisma, Bodenständigkeit, Bildung, Humor, Leidenschaft, Belastbarkeit, Erfahrung, Eigensinn, Zuverlässigkeit, Seriosität: Er bringt eine Menge Tugenden mit für dieses Amt an der Spitze des drittgrößten Bundeslandes mit seinen fast elf Millionen Einwohnern. Deshalb genießt er so viel Vertrauen bei den Leuten, deshalb hätte nicht viel gefehlt – nämlich das Placet von futterneidischen CSU-Häuptlingen – , und er säße als Joachim Gaucks Nachfolger im Schloss Bellevue. Aber was macht er, wo denkt er womöglich falsch?

Für eine Antwort scheint es hilfreich, auf die Siebziger Jahre zurückzublicken, als Kretschmann Student und bei einer Maoistentruppe in Stuttgart war. Damals habe er »zu unreflektiert und vor allem zu eng geglaubt«, sagt er heute, und dass ihm das noch immer nachgehe: »Wie kommt es, dass man als gebildeter Mensch auf einmal in so einer Sekte landet? Dass man die Welt nur noch durch einen Tunnelblick sehen kann?« Sein Trauma: Dass er damals immer wieder vor Fabrikatoren stand und die Kommunistische Volkszeitung feilbot, die kein Mensch haben wollte. Bis ihm eines Tages endlich ein Werktätiger ein Exemplar abnahm, aus Mitleid, weil es regnete. Und das alles in dem Glauben, die Welt retten und etwas gegen diese Ungerechtigkeit tun zu müssen. Dann fiel ihm eines Tages ein Buch von Hannah Arendt in die Hände, per Zufall. Mit ihrer Hilfe und der Unterstützung von Freundin Gerlinde verschwand der totalitäre KBW-Spuk aus seinem Hirn.

Vierzig Jahre später operiert er beharrlich mit dem Etikett »pragmatischer Humanismus«. Seine Leitsätze heißen: Sich selbst und das Gemeinwesen nicht überfordern, der Mensch, wie er steht und geht, ist schon recht, man darf ihn nicht zu seinem Glück zwingen und erziehen wollen. Allerdings bezieht Kretschmann auch Positionen und benutzt Formulierungen, von denen nicht nur der linke Flügel seiner Partei meint, dass er damit zum Teil weit übers Ziel hinausschießt. In

der Demokratie, sagt er beispielsweise über die Volksabstimmung zu Stuttgart 21, gebe es kein richtig oder falsch, sondern nur Meinungen, »und eine setzt sich durch. Unsere hat sich nicht durchgesetzt.« So riskiert er zumindest, gründlich missverstanden zu werden, und eben deshalb gilt der Gegner des Milliardenprojekts seit Mitte der Neunziger, eigentlich der Inbegriff des ernsthaften, bedachten und integren Politikers, in Stuttgart und um Stuttgart herum einigen tausend früheren Weggefährten als abgefemter Verräter, als Inbegriff von Verkommenheit, die alles dem Machterhalt unterordnet. »Wir müssen eine Sprache finden, die von allen verstanden wird«, ist ein Kernsatz der Kretschmannschen Kommunikationsphilosophie.

Mit der Leugnung von richtig und falsch in der Demokratie wird dieses Ziel aber verfehlt. Den Menschen leuchtet nicht ein, dass eine Staatsform Tatsachen schreddern können soll zu bloßen Ansichten; so jedenfalls verstehen sie die provokante Formel des Ministerpräsidenten. Mit der er genau das erreicht, was er doch vermeiden will: Menschen überfordern. Aber dabei bleibt es nicht. »Das ganze Glücksgerede finde ich einen Irrweg. Das große Missverständnis heute ist, dass die Politik die Menschen glücklich machen soll«, sagt er 2015 in einem Interview mit der »Zeit«.

Wann, fragt sich da der wohlwollende Zeitgenosse, wäre aus dem Munde der Kanzlerin, eines namhaften Sozialdemokraten oder der Frau Wagenknecht je in öffentlicher Rede die Vokabel Glück zu hören gewesen? Welchen Popanz baut Kretschmann da auf, und zu welchem Zweck? Zu Recht ist das Wort in Wahrheit tabu für den Politikbetrieb. Der ist für so etwas viel zu unromantisch. Glück ist nach allgemeinem Verständnis in Liebesbeziehungen zu erhoffen, im beruflichen Erfolg oder von der Lottofee. Mit der Sphäre des operativen Geschäfts von Abgeordneten oder Ministern verbindet niemand diesen Begriff. Aber der Hannah-Arendt-Schüler hält der Politik vor: »Dauernd übers Glück zu reden, halte ich für einen Wahn.« Ob sich da Reste des Tunnelblicks von einst erhalten haben oder gar erneuert? Die weltfremde Utopie von der klassenlosen Gesellschaft, von der

maximalen Gleichheit aller scheint sich in ihr libertäres Gegenteil verkehrt zu haben. Die Gesellschaft zusammenhalten, das ist Kretschmanns glaubhaftes Anliegen – aber nicht die viel zu große und weiterwuchernde materielle Ungleichheit in dieser Gesellschaft, in deren Mitte es bedrückende Armut gibt, raubt ihm wie anderes häufig den Schlaf. Eher schon der Gedanke, dass ein schwäbischer Mittelständler es der Politik verübeln könnte, wenn die eine Vermögensteuer einführt. Deshalb ist Kretschmann strikt dagegen, argumentiert mit den Arbeitsplätzen, die verlagert werden könnten – und bringt damit im Herbst 2016 die Mehrheit seiner Partei gegen sich auf. Und die Landesvorsitzende der Grünen Jugend Lena Schwalling wirkt wie viele andere Grüne genervt von Kretschmanns ständiger Lobpreisung der Kanzlerin, der er bescheinigt, keine(r) könne den Job besser als sie. »Egotrip«, hieß es im Spätherbst 2016, »jetzt hat er sich völlig verrannt.« Immerhin nahte da der Bundestagswahlkampf, und öffentliche Beteuerungen, die Union habe eine schlechterdings nicht zu toppende Regentin zu bieten, nehmen sich in dieser Lage wenig stimulierend aus für den Elan der eigenen Partei. Nicht-Grüne und Chronisten reiben sich ebenso die Augen. Und tun das noch intensiver, wenn Kretschmann die Welt immer wieder im Alleingang wissen lässt, in der aktuellen Lage mit all ihren Krisen und Herausforderungen sei sowieso ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene das Gebot der Stunde.

Den Schrecken über die »Verbohrtheit« von damals, über die »Verblendung«, den kriege er nicht mehr weg, sagt der Kretschmann von heute. Aber ein gewisser Hang zur Mantra- Bildung ist immer noch oder wieder da. Andererseits, um fair zu sein: Politik machen ohne das Wiederkäuen des Immergleichen, zumindest für eine gewisse Zeit, ist wahrscheinlich unmöglich. Digitalisierung ist für Winfried Kretschmann so ein Mantra. Nie vergisst er zu erwähnen, dass er der erste Regierungschef in Deutschland war, der zu diesem Schlüsselthema für die Zukunft eine Regierungserklärung abgab. Und wenn er nach einer Kalifornien-Reise in immer neuen Volten auf Venture Capital und den Spirit der Firmengründer zu sprechen kommt,

lingt er gerade so, wie vor dreißig Jahren das »Cleverle« klang: Lothar Späth. Überhaupt meint er, dass er deshalb in Baden-Württemberg regiert, weil die Leute in ihm einen sehen, der darauf schaut, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft passen. Ökologisch richtige Produkte heißt das Zauberwort, und ein maßgeblicher Sinn des Ganzen ist aus seiner Sicht die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch. Das Wort vom Wirtschaftswachstum nimmt der Regierungschef sehr entspannt in den Mund. Dabei ist es noch nicht so lange her, dass bei Grünen und anderen Kritikern des real existierenden Kapitalismus im immerwährenden Wachstum der Wirtschaft ein Krebsübel gesehen wurde, das dem Planeten gewaltig zusetzt.

Jetzt versucht Kretschmann seinen Zuhörern in Endersbach und anderswo klar zu machen, dass die Menschen ökologisch Sinnvolles nur dann akzeptieren, wenn ihnen zugleich ein »Prosperitätsversprechen« gemacht wird. »China«, sagt er, »verstromt mehr Kohle als der Rest der Welt. Da leben noch eine Milliarde Menschen in Armut. Denen können Sie Tag und Nacht etwas von den Gefahren des Klimawandels erzählen, die werden den ökologischen Weg nicht mitgehen ohne Aussicht auf größeren ökonomischen Erfolg.« Also müssen wir in Deutschland »zeigen, dass man auf diesem Weg Wohlstand und Prosperität generieren kann.« So, in diesem Technokratenjargon, hätte er früher kaum geredet. Aber die Zeiten ändern sich. Vielleicht meint er genau das mit dem Satz: »Kein vernünftiger Mensch verhält sich als Erwachsener wie ein Jugendlicher. So ist das auch mit einer Partei.«

Auf diese Weise hat Kretschmann es geschafft, dass kein Unternehmer, der ernst genommen werden will, es sich noch leisten könnte, wegen der Grünen schwarz zu malen. Als sie 2011 in Stuttgart ans Regieren gekommen waren, galten sie noch immer und allzu oft als Fortschritts- und Technikfeinde, als Bremser und Autokiller. »Muss Porsche jetzt Treträder bauen?« – diese Schlagzeile in dem Blatt mit den ganz großen Buchstaben und der kaum kleineren

Begabung als Stimmungskanone sprach wenige Tage nach der Landtagswahl sicher nicht wenigen Württembergern und Badenern erst einmal aus der Seele. Funktionäre von Wirtschaftsverbänden kommentierten den Wahlausgang mit Begriffen wie »mittelschwere Katastrophe« und äußerten die Befürchtung, die Abwahl von Schwarz-Gelb werde dem Standort Baden-Württemberg schlecht bekommen. Die Bayern, fröhlich-schlitzohrig wie immer, boten damals schwäbischen und badischen Kapitalisten ganz offiziell Zuflucht in der östlichen Nachbarschaft an, wenn die neue Regierung es denn doch zu toll treiben würde mit den sicher zu erwartenden Schikanen.

Fünf Jahre nach jener Schlagzeile regieren die Grünen nun sogar mit der CDU und können nach langem Bangen die vorläufige Antwort geben: Nein, Porsche muss jetzt keine Treträder bauen. Im Dezember 2015 wird vielmehr das Milliardenprojekt »Mission E« gestartet, tausend neue Arbeitsplätze in Stuttgart-Zuffenhausen inklusive. »Gehen Sie weiter in die grüne Richtung, dann kommen wir gut zusammen«, hatte Kretschmann bei seinem Antrittsbesuch im Mai 2011 verlangt. Da geht die Elektro-Entscheidung runter wie Öl. Nur, so ein Erfolg ist ja nicht alles. Ein grauenhaftes Megathema bleibt: Wenn Winfried Kretschmann noch mehr von dem hätte, was er mal war, würde er in Endersbach einem der 500 Besucher eine andere Antwort auf dessen Frage geben, warum er und seine Grünen nichts unternehmen gegen den Export von Waffen. Mit der Gewehrfabrik Heckler&Koch, mit Daimler und seinen waffenfähigen Nutzfahrzeugen, mit einigen anderen klingenden Konzernnamen hätte eine grün-geführte Landesregierung jeden Grund, sogar die Pflicht zu handeln. Kretschmanns Erwiderung ist zwar juristisch richtig, aber inhaltlich zu dürrig für den Mitgründer einer Partei, die einen realistischen, keinen radikalen Pazifismus vertritt: Waffenexport ist Sache des Bundes, Länder sind unzuständig. Deshalb könne er nur eine »persönliche Meinung« äußern, nämlich die, dass keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien geliefert werden sollten. Dabei wäre es ihm ja nicht verboten, den Vorständlern dieser Unternehmen einen Besuch

abzustatten und mit der ganzen Autorität des beliebten und hochangesehenen Regierungschefs ins Gewissen zu reden. Innovation muss sich schließlich nicht in der Digitalisierung erschöpfen.